



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Kommission für Integration	10.10.2019	öffentlich	Empfehlung

Betreff:

**Ermöglichung statusunabhängiger schulischer und beruflicher Erstabschlüsse von jungen Menschen im Asylverfahren
hier: gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.08.2019**

Anlagen:

gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.08.2019

Sachverhalt (kurz):

In der Sitzung der Kommission für Integration am 04.07.2019 wurde der gemeinsame Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Guten sowie die Linken vom 17.06.2019 behandelt. Die Beschlussfassung wurde zurückgestellt mit dem Hinweis, dass ein neuer Beschlusstext ausgearbeitet wird. Mit Antrag vom 22.08.2019 haben die SPD-Stadtratsfraktion und die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen beiliegenden Beschlussvorschlag eingebracht.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€ **Folgekosten** € pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv € davon Sachkosten € pro Jahr

davon konsumtiv € davon Personalkosten € pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ *weiter bei 3.*)
 Ja
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Ansinnen ist, allen jungen Menschen im Asylverfahren statusunabhängig eine schulische oder betriebliche Erstausbildung und damit berufliche Bildung sowie Bildungsteilhabe zu ermöglichen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

Empfehlungsvorschlag:
Siehe Antrag